

Meisterstück der Sozialpartner

Warum die Koalition gut beraten wäre, die von Arbeitnehmer- und Wirtschaftsvertretern konzipierte Reform der Abfertigung umzusetzen - auch wenn sie deutlich vom Regierungsprogramm abweicht.

Bernd Marin*

Den Sozialpartnern ist es bei ihren Vorschlägen zur „Abfertigung neu“ gelungen, wirtschaftliche Vernunft und politische Finnesse nahezu optimal zu verbinden. Weder offene Fragen noch teils gewagte Annahmen ändern etwas an dieser größten Weichenstellung seit Jahrzehnten. Alle Beteiligten haben ihre Interessen - und ihr Gesicht - gewahrt. Fast alle fühlen sich als Sieger und beanspruchen die Patenschaft. Widerstrebende Einzelinteressen (etwa des Gastgewerbes) wurden, wie in der Blütezeit der Sozialpartner, gesamtwirtschaftlicher Disziplin geopfert.

Wird sich die Regierung diese Einigung der Sozialpartner zu Eigen oder durch „Nachbesserungen“ auf Druck einzelner „Bünde“ das Gesamtkunstwerk zunichte machen? Immerhin lassen die Sozialpartner kaum einen Punkt des Regierungsprogramms intakt. Doch derzeit herrscht die Einsicht vor, dass ein Meilenstein, auch wenn er weit vom Regierungsprogramm entfernt ist, kein Stolperstein für die Regierung werden darf, der eine solche Quadratur des Kreises - und ihre verbindliche Durchsetzung gegenüber Millionen Betroffenen! - wohl nicht leicht gelänge.

Kern des Sozialpartnerkompromisses ist der Abtausch einer höchstmöglichen, um Jahrzehnte verlängerten Beitragsdauer - und universalistischer, branchenneutraler Regeln - gegen einen um fast 40 Prozent verringerten Beitragsatz.

Billigversion - na und?

Dabei waren Schmerzgrenzen wie die Kostenneutralität für die Wirtschaft und eine Reihe von Forderungen der Arbeiterkammer (wie Abfertigung ab dem ersten Monat, kein Verfall von Ansprüchen auch bei Selbstkündigung, freie Verfügbarkeit usw.) zu beachten. Andere Konsens-



möglichkeiten in der Gesamtarchitektur gibt es nicht. Daher muss jeder Versuch, einen Eckpunkt wie den Beitragsatz als „viel zu niedrig“ abzuwerten (ÖAAB: „Das muss und wird nachverhandelt werden“) von der Wirtschaft als Angriff auf die Gesamteinigung abgewehrt werden: 1,5387 Prozent seien „unumstößlich“, „kriegsentscheidend“, „sonst ist die Sache

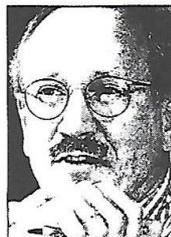
Daher ist das Feilschen um den Beitragsatz - zwischen Regierung und Opposition, in der Regierung und in der ÖVP - bloße Prestigepolitik: Für die Arbeitnehmer/innen geht es nicht, wie die Grünen unterstellen, um eine Halbierung ihrer Abfertigungsansprüche, sondern erstens um ihre faire Ausweitung (88-95 Prozent erhalten erstmals eine insgesamt niedrigere Abfertigung) und zweitens um eine - eben preiswertere - „Abfertigung light“: Bescheidenere Ansprüche bzw. sehr viel längere Anspardauer (37-50 statt 25 Jahre) werden durch deutlich geringere Beiträge und damit höheres, sofort konsumierbares Einkommen aufgewogen.

Wird kein Pensionssystem der Welt ohne Zwangssparen auskommt, bedeutet die - von vielen durchaus gewünschte - Wahlfreiheit über die Verwendung der Abfertigung zusammen mit der künftig reduzierten Summe und steuerlichen Gleichbehandlung auch das Ende aller Visionen einer zweiten, kapitalgedeckten und beitragsdefinierten Altersvorsorge für alle. (Die jederzeitige Auszahlbarkeit der Abfertigungen wird über erhöhte Liquiditätsanfordernisse gegenüber den Pensionskassen zusätzlich auf die Zinserträge drücken.)

Die Sozialpartner haben mit der „Abfertigung neu“ ein Meisterstück geliefert. Sollten sie Ähnliches auch bei der Pensionsreform schaffen, dann hätten wir fürwahr eine „Sozialpartnerschaft neu“. Und die Sozialpartner wären endlich wieder „Teil der Lösung“ und nicht mehr „Teil des Problems“ der nötigen wirtschafts- und sozialpolitischen Erneuerung.

*Der Autor ist Leiter des Europäischen Zentrums für Sozialforschung in Wien.

KOMMENTAR DER ANDEREN



Bernd Marin: Applaus für „größte Weichenstellung seit Jahrzehnten“

Foto: Hendrich

gestorben“. Auch die Sozialdemokraten, deren Ideen (wie die von ÖGB und AK) weitestgehend übernommen wurden, nur eben in einer Billigvariante, setzen auf höhere Beitragsätze - ohne zu prüfen, ob das nicht ein Danaergeschenk an die Arbeitnehmer/innen wäre, die sich dieses Zwangssparen durch entsprechende Lohnverzichte längerfristig ohnedies selbst bezahlen müssten. (Auch dreimal so hohe „Dienstgeberbeiträge“ zum FLAF waren durch Lohnverzicht erkauft).

Häuschen im Grünen?

Was daran schlecht sein soll, bleibt rätselhaft - es sei denn, man befürwortete Zwangssparen oder hielte die Abfertigung für ein reines Arbeitgebergeschenk. Entscheidende Schmerzgrenze für die Wirtschaft ist nur die Kostenbegrenzung - ebenso wie etwa kein Anspruch auf Auszahlung bei Selbstkündigung. Das hat nichts, wie behauptet, mit der Förderung einer zweiten Säule der Altersvorsorge, sondern nur mit Abwerbhemmnis und Resten von Betriebsbindung zu tun.

Denn mit der Durchsetzung der Arbeitnehmervertreterformel „Abfertigung muss Abfertigung bleiben“ ist natürlich der Aufbau einer zweiten Betriebspensions-Säule, wie sie die Regierung als historisch neue Weichenstellung angestrebt hatte, tot - oder so mickrig und beiläufig wie eh und je. Wer, in den Worten des AK-Präsidenten, einen „Gar-